

Mitgeteilt in der Ratssitzung am 27.04.2021, öffentlicher Teil:

Zusammenfassung der Kritikpunkte des Bürgermeisters Sendermann (BM) zur Stellungnahme von B'90/Die Grünen Olfen zum Haushalt der Stadt 2021 in den Ruhrnachrichten.

Zitierung mit eigenen Worten!

Quelle:

Originalniederschrift der Mitteilung des BM, übermittelt an B'90/Die Grünen Olfen am 06.05.2021:

zu Punkt 1

Entgegen unserer Stellungnahme würde in Olfen viel fürs Klima getan. Namentlich diverse Maßnahmen für die Steverau, für Flächen für Waldanpflanzungen, die Einrichtung eines Fahrradstreifens am Eckernkamp, Austausch der Straßenbeleuchtung auf LED und weitere Energiesparmaßnahmen bei der Beleuchtung städtischer Gebäude. Umsetzung des KWK-Konzeptes im Bereich Naturparkhaus, Naturkindergarten Füchtelner Mühle und der angrenzenden Restauration.

Grüne Antwort:

"Viel, ausreichend, genug" sind relative Begriffe. Wir sind der Meinung, dass es lang nicht ausreicht, was die Stadt Olfen für Klima- und Artenschutz tut - es ginge so viel mehr!

Und das werden wir auch sagen, wenn wir das so denken!

zu Punkt 2

Weiter sollen Die Grünen belegen, dass dem Bürgerbus im Jahr 2021 weniger Geld zur Verfügung stehe, obwohl der Bürgerbus mit einer Aufstockung von jährlich 8.500 € jetzt kostenfrei fährt.

Grüne Antwort:

Wir haben beantragt, die Aufwendungen für den Bürgerbus, die im Jahr 2020 um 20.000 € niedriger ausfielen, wieder auf das Niveau von 2019 anzuheben. Selbst mit den jetzt beschlossenen und von uns mitgetragenen zusätzlichen 8.500 € kommen wir nicht auf die Höhe des vorherigen Budgets.

zu Punkt 3

Da bundesgesetzlich die Vorgaben in Sachen Energieeinsparung für die Bauherren geregelt und entsprechende Förderprogramme aufgelegt seien, wolle der Rat der Stadt das Prinzip der Freiwilligkeit in Baubereich beibehalten. Man will keine weiteren Vorgaben, um das Bauen nicht pflichtig noch teurer zu machen.

Grüne Antwort:

Dass das Bauen in Olfen keine ökologischen Mindeststandards bekommen soll, haben wir zur Kenntnis genommen und halten dies für falsch. Auch Informationsmaterialien, wie z. B. ein Bauherrenhandbuch und aktive Anleitung zum nachhaltigen Bauen wird in Olfen für die Bauwilligen nicht weiter unterstützt. Man schaue da einmal auf Münster, dort geht das alles. Man kann also als Kommune aktiv werden, wenn man nur will! Münster ist gar nicht so weit entfernt.

Eine Bemerkung dazu am Rande, dass die Stadt Olfen einen Informationsabend zum Klimaschutz mit Herrn Kopartz vom Wuppertal-Institut für Klimaforschung als Klima-Aktivität auf Ihre Klimaschutz-Seite stellt, dann aber vollkommen die Kernaussagen des Vortragenden zu ignorieren scheint (u.a. die Politik muss zwingend Vorgaben machen). Dies hinterlässt bei uns den Beigeschmack des „greenwashings“.

Die hartnäckige Behauptung, dass Bauen durch ökologische Mindeststandards kostenintensiver werden soll, wird permanent in den Raum geworfen. Die Aktualität und Richtigkeit dieser Aussage stellen wir komplett in Frage und wollen hier mal eine kurze Rechnung aufmachen, damit das Prinzip klarer wird.

Ja, derzeit sind die Baukosten hoch, was aber leider der allgemeinen Entwicklung im Bausektor geschuldet ist. Hat also nichts mit ökologischem und nachhaltigem Bauen zu tun. Nun gibt es erfreulicherweise, und da sind wir uns einig, Förderprogramme für energieeffizientes und ökologisches Bauen, welche die Bauwilligen trotz der hohen Kosten im Allgemeinen weiter unterstützen und fördern. Beim energieeffizienten Bauen sind Kosten tatsächlich eine gute Investition in die Zukunft, die mittelfristig z.B. bei den Energiekosten entlasten. Zum Beispiel kostet eine gut ausgerichtete und installierte Photovoltaik-Anlage mit 5 kWp und Speichermöglichkeiten rund 10.000 € - die produzierte Strommenge reicht für eine 4-köpfige Familie aus. Stellt man die Kosten für diese Investition den durchschnittlichen Stromkosten einer gleichgroßen Familie gegenüber, fährt man wesentlich günstiger.

Aber: der Punkt in unserer Kritik betraf ein komplett anderes Thema!

Wir haben ein Budget beantragt, dass die bauwilligen Bürgerinnen und Bürger konzentriert informiert darüber werden, was sie für Klima- und Artenschutz beim Bauen aktiv tun können - dieses reine „Informationsbudget“ hat der Rat der Stadt abgelehnt.

Und das ist ja nun vollkommen losgelöst von baulichen Vorgaben.

Wenn schon ein Rundumschlag, dann bitte zielgenauer.

zu Punkt 4

Die Stadt habe bereits im März 2020 die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes beauftragt - unsere Formulierung „die Stadt habe nun endlich die Weiterentwicklung begonnen“ sei schlichtweg falsch.

Grüne Antwort:

Auch Zeit ist relativ. Laut unseres BM sei Beauftragung einer Überarbeitung durch ein externes Institut das Startsignal. Erst in einer Sitzung im Jahre 2021 wurde das Ergebnis der Beauftragung zur Diskussion und Weiterentwicklung im Ausschuss vorgestellt. Hier beginnt aus unserer Sicht die Weiterentwicklung. Geschenkt, ob 2020 oder 2021 - 5 Jahre oder 6 - das ist aus unserer Sicht einfach viel zu spät!

zu Punkt 5

Wir Grüne würden der Stadt vorwerfen, sich mit Projekten, die zum Teil weit in der Vergangenheit liegen, weiter auf die Schulter zu klopfen. Es werden Maßnahmen aufgezählt, die in der Vergangenheit schon umgesetzt wurden, aber nicht mehr im Haushalt 2021 stehen. Unter anderem 2018 die Eröffnung des Bürgerwindparks und 2020 die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED sowie die Installation diverser KWK Anlagen in Olfen.

Laut Angaben des BM wird das KWK-Konzept an öffentlichen Gebäuden jährlich weiter fortgesetzt.

Grüne Antwort:

Das KWK-Projekt wird weiter fortgesetzt und ein weiterer Radweg wird markiert - und Neues?

Dann wird weiter die Frage aufgeworfen, warum wir Grüne meinen, dass für das Klimaschutzkonzept nur wenig Geld -genau 2000 €- zur Verfügung stünde.

Die Zahl 2000 € haben wir aus dem Haushalt entnommen - sie ist für jeden nachlesbar. Wir wundern uns, dass hier nachgefragt wird, woher diese Zahl kommt. Bedenklich übrigens, dass nur alle 2 Jahre dieser Ansatz vorgesehen wird.

zu Punkt 6:

Der BM weist darauf hin, dass Olfen durch die Umsetzung konkreter Maßnahmen als bedeutendster Anbieter für Ökopunkte und Artenschutz ausgleich im Südkreis gilt. Insofern sei unsere Aussage „konkreter Schutz der Artenvielfalt in Verantwortung der Stadt fände weiterhin nicht statt“ schlichtweg falsch.

Grüne Antwort:

Wir Grüne verstehen das Ökopunkte-System so:

Ökopunkte kann eine Kommune (oder auch jeder Mensch und jede Firma) „erarbeiten“, indem sie ökologische Maßnahmen umsetzt. Diese werden dann in kalkulatorische Punkte umgerechnet und einem Ökopunkte-Konto gutgeschrieben.

Für die meisten Baumaßnahmen, die Eingriffe in die Natur bedeuten, werden entsprechende Ausgleichsmaßnahmen fällig, die den Schaden an der Umwelt durch Naturschutzmaßnahmen auffangen sollen. Sie sind also in keinem Falle zusätzliche schützende Maßnahmen, sondern nur der Akt, auf der einen Seite etwas zu reparieren, was man auf der anderen Seite kaputt macht.

Für Baumaßnahmen können allerdings auch die erwirtschafteten Öko-Punkte verrechnet werden, die die Kommune bereits auf dem Konto hat - also statt eine neue Ausgleichsmaßnahme einzugehen auf alte Ausgleichsmaßnahmen zurückgreifen. Es handelt sich also quasi um eine Art Sparkonto, was dann für Baumaßnahmen wieder aufgebraucht wird.

So ein Ökopunkte-Konto hat noch eine weitere - in der realen Wirtschaft wichtige - Funktion: Ökopunkte können auch verkauft werden an Menschen/Firmen/Kommunen, die eine Baumaßnahme umsetzen wollen, aber keine Ausgleichsmaßnahmen machen können, weil ihnen vielleicht der Grund und Boden dazu fehlt. Es ist also eine Art Öko-Ablass-Handel, mit der die Ökopunktekonto-Inhaber Kasse machen - so auch die Stadt Olfen, nach unserem Wissen 145.000 € im Jahr 2020.

Ökopunkte zu produzieren bedeutet also unterm Strich keinesfalls aktiven Naturschutz oder Artenschutz zu betreiben. Zu dem Thema Ökopunktekonto der Stadt Olfen hat unser Bürgermeister in der kommenden Sitzung des Bau und Umweltausschusses eine dezidierte Information angekündigt. Unsere Fragen dazu liegen ihm bereits vor - wir sind gespannt.

zu Punkt 7:

Alle Untersuchungen zum „Steverdurstich“, neue Stever, seien gemacht, es werden keine weiteren verlangt. Vielmehr stehe nun ein zeitnahes Umsetzen des Projektes an.

Grüne Antwort:

Nicht nur aus unserer Sicht ist es absolut fatal, hier von verschiedenen Akteuren rund 10 Millionen Euro in ein Projekt investieren zu lassen, welches möglicherweise langfristige Schäden, aber auf jeden Fall langfristige Kosten verursacht. Die gesetzlich vorgeschriebene barrierefreie Gestaltung der Stever für den Fischzug kann auch durch wesentlich kostengünstigere Alternativen, z.B. den Bau von Fischtreppe am Haltener und Hullerner Stausee, erreicht werden. Wir haben deshalb zunächst für die Überprüfung der Folgen für die Ökologie - insbesondere für die Wassersituation in Olfen - Mittel

in Höhe von 10.000 € beantragt. Beim Steverdurchstich ist eine Überprüfung auf Basis der aktuellen Situation im Jahr 2021 zunächst dringend angezeigt!

zu Punkt 8:

Weiter gibt der BM an, dass er beabsichtigt weniger Monitoring und weniger Ausgaben für Konzepte bereitzustellen und lieber die konkrete Umsetzung von Maßnahmen für den Klimaschutz angehen will.

Grüne Antwort:

Wir sind der Meinung, dass es eine fachliche Begleitung geben muss, ein laufendes Monitoring und die konsequentere Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes. Falls notwendig, auch eine laufende Anpassung, sodass es zielgerichtet, nachhaltig und effizient umgesetzt wird.

Zudem halten wir es für dringend erforderlich, auch ein Artenschutzkonzept ins Leben zu rufen und umzusetzen – da die Errichtung einiger Bienenhotels und das Bereitstellen eines begrenzten Umfangs von Blumensamen aus unserer Sicht in diesem Bereich ebenfalls nicht ausreichend sind.

zu Punkt 9:

Der BM stellt zu guter Letzt fest, dass in der Kommunalpolitik in Olfen bisher konstruktive Diskussionen zur Sache immer im Rat und in den Ausschüssen geführt wurden, man aber die eigenen Positionen gerne öffentlich machen könne. Nur Positionen, die die Öffentlichkeit falsch informieren würden, müsste er, notfalls auch kommunalrechtlich durchgesetzt, entgegentreten.

Grüne Antwort:

Wir haben uns einen Dialog gewünscht. Tun wir immer noch. Wir haben alle Anträge im Vorfeld verschickt mit der Einladung zur Besprechung und Erläuterung. Eine Diskussion bzw. Debatte ist nicht entstanden. Auch im entsprechenden Ausschuss wurde die Debatte einleitend mit „wir müssen den Antrag ablehnen“ verhindert. Es bleibt nun also abzuwarten, wie sich die zukünftige Diskussionslandschaft entwickeln wird. Alle sprechen von „Olfener Debattenkultur“ - wir bleiben neugierig.

Und zum Schluss noch eines:

Kommunalrechtlichen Überprüfungen unserer Ansichten und Meinungen, wenn sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, z. B. durch Veröffentlichungen in der Presse, sehen wir gelassen entgegen.